den, und sei es unter Anwendung von Gewalt. Wir müssen die Anwendung von Gewalt in unsere Rechnung einstellen. Machen Sie sich dazu bereit; daß es nur unter Anwendung von Gewalt zu machen sei, ist damit nicht gesagt, das hat schon Kautsky abgelehnt. Für uns steht es jedenfalls fest, daß wir unsere Ziele mit allen Mitteln durchführen müssen."

Die „schwarze Schmach" in englischer Beleuchtung.

Das Londoner Blatt „Daily News" schreibt in einem Leitartikel über die „schwarze Schmach in Deutschland", es sei erstaunt, daß ein so edelmütiges Volk wie das französische so lange etwas geduldet habe, was in Wirklichkeit nichts anderes sei als ein häßlicher Flecken auf seiner eigenen Ehre, und daß eine so kluge Nation gegenüber den furchtbaren Gefahren blind sei, die die Verwendung Schwarzer zur Einschüchterung einer weißen Bevölkerung mit sich bringe. — Klugheit und Edelmut, von dem das englische Blatt spricht, scheinen in Frankreich seit langem keine Heimstätte mehr zu haben.

Deutsch-Österreich.

× **Vergleich mit Ungarn in Sicht.** Wie aus Wien berichtet wird, ist der ungarische Gesandte Masirevich beim Bundeskanzler erschienen, um dem Bedauern der ungarischen Regierung über die Vorgänge in Westungarn und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es möglich sein werde, teilweise tendenziösen Nachrichten über die Vorgänge aufzuklären, um die Bemühungen zur Herstellung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten erfolgreich fortsetzen zu können.

Großbritannien.

× **Verfahren gegen einen deutschen U-Boot-Führer.** Kapitän Starkey, der einzige Überlebende des Dampfers „Torrington", welcher am 8. April 1920 durch das U-Boot 55 in der Nähe der Scillyinseln torpediert wurde, ist vor dem Polizeigericht als Zeuge vernommen worden. Diese Zeugenvernehmung steht im Zusammenhang mit der Anklage gegen Kapitän Wilhelm Werner, der von den deutschen Behörden nicht verhaftet wurde. Kapitän Starkey behauptete, er sei nach der Gefangennahme unter Deck des Unterseebootes gebracht worden, die englischen Mannschaften mußten oben bleiben und seien beim Tauchen des Unterseebootes weggespült worden und ertrunken. Starkey wurde nach Deutschland gebracht und kehrte bei Beendigung des Krieges nach England zurück.

Schweiz.

× **Karl von Habsburg und sein Aufenthalt.** Da die spanische Regierung in der Frage des Aufenthalts des Exkaisers Karl in ihrem Lande noch keine Entscheidung getroffen hat, hat der Bundesrat beschlossen, Kaiser Karl die am 31. August ablaufende Aufenthaltsfrist provisorisch zu verlängern, bis die Antwort der spanischen Regierung auf das Gesuch des Kaisers eingetroffen ist. Gleichzeitig hat der Bundesrat die spanische Regierung gebeten die Entscheidung in der Angelegenheit nach Möglichkeit zu beschleunigen. In Spanien sollen starke Bedenken obwalten.

Spanien.

× **Niederlagen der Spanier in Marokko.** Aus Larrasch eingetroffene Nachrichten über den Verlust der Stellungen bei Pesses, welche die Truppen des Oberstleutnants Valcariel inne hatten, erklären, daß 200 Marokkaner die Stellungen der Spanier von vorn angriffen, während eine viel bedeutendere Streitmacht die Spanier vom Rücken her überfiel. Die spanischen Truppen haben etwa 100 Mann verloren, darunter einen Oberleutnant, zwei Hauptleute und drei Leutnants. Der Aufstand hat sich auf die Gegend von Ceuta, Tetuan und Gomera ausgedehnt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie Herr von Glasenapp bekannt gab, sind vom Goldschatz der Reichsbank 68 Millionen Mark zum Zweck der Goldmilliardenzahlung an die Entente in Anspruch genommen worden, und zwar in fremden Goldmünzen, hauptsächlich amerikanischen Dollars.

Berlin. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat die deutsche Regierung eingeladen, an einer Konferenz über die Neutralisierung und Entfestigung der Alandsinseln teilzunehmen. Die deutsche Regierung hat die Einladung angenommen.

Braunschweig. Als die Minister Steinbrecher, Antrick und Oerter eine Einigung bei Mißhelligkeiten zwischen der Leitung und den Arbeitern der Waggonfabrik Deligsen herbeiführen wollten, kam es zu kommunistischen Unruhen, und Minister Oerter wurde durch einen Stockschlag auf den Kopf verwundet.

London. Die Anzahl der Arbeitslosen hat sich in der letzten Woche um 64 300 verringert.

London. Bei den letzten Kämpfen zwischen Sinnfeinern und Ulster-Leuten in Belfast wurden 8 Personen getötet und 54 verwundet. In den Straßen der Stadt wurden Sandsackbarrikaden errichtet. In den Hauptstraßen patrouillierten Panzerwagen.

London. Die Angestellten der großen Eisenbahnen in Nordirland haben ganz unerwartet den Ausstand erklärt und damit den gesamten Eisenbahnverkehr in Nord-Irland lahmgelegt.

Toulon. Der Russe Iwan Ismaelow aus Petersburg wurde unter dem Verdacht bolschewistischer Propaganda verhaftet. Er hatte sich mit verschiedenen Matrosengruppen in Verbindung gesetzt und verteilte dort Traktate.

Newyork. Im Verlaufe eines Zusammenstoßes zwischen amerikanischen Truppen und Bergarbeitern, die in die Bergwerke von Mingo (Provinz Virginien) eindringen wollten, sind sieben Mann getötet und dreizehn Bergleute und eine Frau verwundet worden.

Die Kundgebungen in Berlin.

s. Berlin, 31. August.

Ganz Berlin stand heute nachmittag unter dem Zeichen der von den beiden sozialistischen Parteien, den Kommunisten, einigen den Demokraten und dem Zentrum nahestehenden Verbänden einberufenen Massendemonstration im Berliner Lustgarten, die in der Erregung über die Ermordung Erzbergers ihre Ursache hatte. Die meisten größeren Betriebe wurden gegen 2 Uhr nachmittags stillgelegt. Nur in Krankenhäusern, Gas- und Elektrizitätsanstalten, sowie bei der Eisenbahn und Straßenbahn wurde der Betrieb aufrechterhalten. Der Aufmarsch der Arbeiter und Angestellten erfolgte von den einzelnen Betrieben aus. Auf den Straßen bildeten sich Züge von imposanter Länge. Im Lustgarten gaben Trompetensignale das Zeichen für die einzelnen Redner. Auch die Arbeitslosen nahmen an der Demonstration teil, dagegen keine Reichsminister, da keiner von ihnen in Berlin weilte.

Die Berliner Schutzpolizei hatte angesichts der Versicherungen aller an den Demonstrationen beteiligten Parteien, daß der Tag nur durch eine ruhige Kundgebung begangen werden soll, von der Einrichtung eines besonderen Straßendienstes Abstand genommen. Es war nur dafür Sorge getragen worden, daß der Bannkreis von geschlossenen Trupps nicht überschritten wird. Die Schutzpolizei befand sich aber selbstverständlich in Alarmbereitschaft.

Im Lustgarten.

Der ganze Lustgarten wie die Schloßfreiheit bis zum Alten Museum von der Brücke bis zum Dom waren von einer Menschenmenge gefüllt, die wohl weit über hunderttausend Köpfe zählen mochte. Tausende von roten und schwarzrotgoldenen Fahnen, sowie von Schildern mit Inschriften waren auf dem weiten Platze sichtbar. Ferner bewegten sich auf den Zugangsstraßen, besonders Unter den Linden, unabsehbare Züge aus den einzelnen Betrieben nach dem Lustgarten, als pünktlich ½5 Uhr die Reden begannen. Von zahlreichen erhöhten Stellen aus sprachen Dutzende von Rednern, die von der Menge mit lautem Beifall begrüßt wurden. Alle Bäume und Laternenpfähle, alle Geländer und Treppen, sowie die Denkmäler waren von einzelnen jungen Leuten mit roten Fahnen erklettert worden, sogar auf dem Denkmal Kaiser Wilhelm I. in der Schloßfreiheit sah man Leute, und auf dem Helm des Kaisers saß ein junger Bursche, der eine rote Fahne schwenkte. Die Versammlung verlief zunächst anscheinend ohne jedn Zwischenfall.

•

Demonstrationen im Reiche.

In den meisten größeren Städten des Reiches, so u. a. in Braunschweig, Kiel, Frankfurt a. M. und an vielen anderen Orten, wickelten sich ebenfalls von den sozialistischen Parteien veranstaltete Kundgebungen in gleicher Richtung und ähnlichen Charakters ab. Vielfach waren die Betriebe von mittags an stillgelegt, die Straßenbahnen verkehrten nicht, nur die lebensnotwendigen Betriebe wurden in Gang gehalten.

Verbotene Zeitungen.

Die Wirkung der neuen Verordnung.

Die Regierung hat aus ihrer neuen Verordnung zum Schutze der staatlichen Ordnung, in der auch vorgesehen war, daß Presseorgane, die aufreizende Artikel bringen, verboten werden können, sehr schnell Gebrauch gemacht. Der Minister des Innern hat bereits **neun durchweg rechtsstehende Zeitungen auf die Dauer von 14 Tagen verboten:** das Deutsche Abendblatt (8-Uhr-Ausgabe des Deutschen Tageblattes), Berlin, das Deutsche Tageblatt, Berlin, die Deutsche Zeitung, Berlin, das Deutsche Wochenblatt, Berlin-Friedenau, das Spandauer Tageblatt, Spandau, das Völkische Tageblatt, Spandau, den Miesbacher Anzeiger, Miesbach (Oberbayern), Völkischer Beobachter (Münchener Beobachter), München, Süddeutsche Zeitung, Stuttgart und Hamburger Warte, Hamburg.

Diese Verbote haben erhebliches Aufsehen erregt, besonders weil es sich ausschließlich um Blätter nur einer einzigen Parteirichtungen handelt, während die hetzerischen Veröffentlichungen der links-radikalen Presse unbeanstandet bleiben, und dann auch, weil die Verbote nicht auf Grund von irgendwelchen Verstößen dieser Zeitungen nach der Veröffentlichung der neuen Verordnung, sondern nur wegen ihrer allgemeinen bisherigen Haltung erfolgt ist. Die Deutsche Zeitung hat infolgedessen gegen das Verbot Beschwerde erhoben mit der Begründung, daß ein solches Verbot rechtlich unzulässig sei, da derartige Verordnungen unmöglich rückwirkende Kraft haben können.

Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten übertragen die Befugnisse, Verbote von Zeitungen und Versammlungen auszusprechen, auf die Ortspolizeibehörden. Den Herausgebern der betroffenen Zeitungen ist innerhalb vierundzwanzig Stunden eine schriftliche Begründung mitzuteilen. Die gleichen Bestimmungen gelten auch bei Verboten von Versammlungen und Vereinigungen.

•

Einschränkung des Rechts zum Uniformtragen.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Potsdamer Vorkommnisse eine Verordnung erlassen, nach der künftig zum unbeschränkten Tragen der Militäruniform nur die Angehörigen der Wehrmacht berechtigt sind. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen der Militäruniform verliehen worden ist, dürfen hiervon bis auf weiteres nur aus besonderen Anlässen Gebrauch machen, die der Reichskanzler bestimmen wird. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe von 500 bis 10 000 Mark bestraft und haben den Verlust der Berechtigung zum Tragen der Uniform zur Folge. Wer unberechtigt Militäruniform trägt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Wer sind die Mörder?

Die Hauptverdächtigen entflohen.

Die Untersuchung gegen den verhafteten Fähnrich von Hirschfeld wird fortgesetzt, der Hauptverdacht richtet sich jedoch augenblicklich gegen zwei junge Leute, die am Tage des Mordes von Oppenau aus einen Ausflug gemacht hatten. Sie haben sich als Studenten bezeichnet und mit den Namen Riese aus Düsseldorf und Bergen aus Jena ins Fremdenbuch eingetragen. Die Beschreibung der Täter paßt genau auf diese beiden Männer, die am Abend des Mordtages unbehelligt mit der Bahn von Oppenau abreisten und noch nicht ermittelt werden konnten. Auch verschiedene andere Spuren werden verfolgt.

Zur Beerdigung Erzbergers

hat sich der Reichskanzler in Begleitung des Reichstagspräsidenten Loebe und des Reichspostministers Giesberts nach Biberach begeben, um am Grabe eine Gedenkrede zu halten. Der Papst hat an die Witwe Erzbergers ein Beileidstelegramm gerichtet und ihr mit ihren Töchtern den apostolischen Segen erteilt. Die Zentrumsfraktionen von Württemberg und Baden haben beschlossen, an der Stelle der Mordtat eine schlichte Sühnekapelle zu errichten. Alljährlich am 26. August soll dort ein Sühneopfer gefeiert werden.

Generalfeldmarschall v. Bülow †.

Berlin, 31. August.

In seiner Berliner Wohnung ist heute Generalfeldmarschall von Bülow gestorben. Er war am 21. März 1846 geboren, trat 1865 ins Heer, machte den Krieg von 1866 mit, 1870 die Belagerung von Straßburg und Paris und wurde 1876 in den Großen Generalstab berufen. Im Großen Generalstab blieb er mit kurzen Abkommandierungen zu den Generalstäben verschiedner Truppenteile und zum Frontdienst bis 1890. Im Jahre 1893 wurde er Oberst, 1897 Generalmajor und Direktor des Zentraldepartements im preußischen Kriegsministerium, erhielt 1901 als Generalleutnant die 2. Garde-Infanterie-Division, wurde 1902 zum Generalquartiermeister im Generalstab der Armee ernannt und 1903 mit der Führung des 3. Armeekorps (Berlin und Brandenburg) beauftragt. Als solcher wurde er 1904 zum General der Infanterie befördert.

Im Weltkriege führte er als Generalfeldmarschall die zweite Armee bei dem Vormarsch in Frankreich, wurde aber bald nach der Schlacht an der Marne abberufen und lebte seitdem in Berlin. Mit ihm scheidet eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der früheren kaiserlichen Armee aus dem Leben.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Berlin.** Die heutigen Kursnotierungen an der Börse konnten wegen der großen Demonstrationen nicht veröffentlicht werden.

Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle. Rindfleisch 9 bis 13 Mark, ohne Knochen 15 bis 17 Mark, Kalbfleisch 14 bis 18 Mark, Hammelfleisch 10 bis 14 Mark, Schweinefleisch 18 bis 21 Mark, Rückenfett und Liesen 20 Mark, Zitronen 1 bis 1,60 Mark das Stück, Tomaten 2,50 bis 4 Mark, Margarine 10 bis 16 Mark das Pfund.

* **Französisches Vieh für Deutschland?** Pariser Blätter berichten, daß deutsche Agenten in Frankreich über den Ankauf von größeren Viehbeständen verhandeln, die über Le Havre nach dem Hafen von Hamburg gesandt werden sollen. Man meldet u. a. den Ankauf von 5000 Kälbern in der Gegend von Dreux, von 10 000 in der Gegend von Nantes und 5000 in der Bretagne. Außerdem meldet man, daß Verhandlungen über den Ankauf von 5000 Schafen in der Gegend von Caen gepflogen werden. Eine Bestätigung dieser Nachricht konnte bisher von deutscher amtlicher Stelle nicht eingeholt werden.

* **Deutsche Lokomotiven für Rumänien.** Bukarester Blätter melden, daß die rumänische Regierung ein Angebot Deutschlands auf Lieferung von Lokomotiven im Werte von 450 Millionen Lei angenommen habe.

* **Ein Vertrag zwischen Georgien und der deutschen Industrie.** Vertreter der Republik Georgien haben nach einer Moskauer Meldung mit einem deutschen Konsortium einen Vertrag geschlossen, wonach die deutsche Gruppe Konzessionen erhält zur Ausbeutung der Wälder Georgiens. Die Konzessionen laufen vierzig Jahre. Die Deutschen verpflichten sich, Fabriken mit mindestens 300 000 Pferdestärken für Holzbearbeitung, Fabrikation von Parkettfußböden und Holzwolle anzulegen. Der Staat erhält 15 bis 20 Prozent der Produktion und nach Ablauf der Konzessionen gehen die Fabriken in georgischen Besitz über.

Arbeiter und Angestellte.

Hamburg. (Bevorstehender Lohnkampf der Hamburger Eisenbahner.) In einer großen Versammlung der organisierten Eisenbahner von Groß-Hamburg wurde das Angebot der Regierung in bezug auf die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als ungenügend bezeichnet und einstimmig abgelehnt. Es kam eine Entschließung zur Annahme, worin der Hauptvorstand ersucht wird, auf der restlosen Durchführung der aufgestellten Forderungen zu beharren. Der Regierung wird ein kurzfristiges Ultimatum gestellt, falls die Forderungen nicht bis zum 1. September bewilligt sind.

Halle (Saale). (Fortdauer des Metallarbeiterstreiks.) Die Metallarbeiter beschlossen in einer Versammlung die Ablehnung des Schiedsspruchs des Schlichtungsausschusses, so daß der Streik der etwa 8000 Metallarbeiter in Halle weitergeht.

Zu den Teuerungszulagen.

Dresden. Der Finanzausschuß beschäftigte sich mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszulage an Beamte und Staatsarbeiter. Nach eingehenden Beratungen war sich der Ausschuß darüber einig, daß man nach § 17 der neuen Besoldungsordnung gehalten ist, im Sinne der Reichsgesetzgebung zu verfahren. Die erforderlichen Mittel sind nicht vorhanden. Die Summen müssen aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Kreditmitteln entnommen werden. Das Reich wird sich bereit erklären, einen Teil der erhöhten Teuerungszulage für die Staatsbeamten den Ländern zurückzuerstatten, nicht aber einen Anteil für die Gemeindebeamten, die entsprechend den Staatsbeamten ebenfalls erhöht abgefunden werden müssen. Die Gemeinden werden nun infolge der erhöhten Teuerungszuschläge, die zwischen 17 und 20 Prozent sich bewegen, hohe Aufwendungen aus eigenen Mitteln machen müssen und dadurch in erhöhte finanzielle Schwierigkeiten getrieben werden.

Ueber die allgemeine Finanzlage wurde nach einer Meldung des sächsischen Zeitungsdienstes mitgeteilt, daß die sächsische Regierung außer den vom Landtage bewilligten Krediten in Höhe von 1,5 Milliarden Mark bis zum 25. August nur etwa 600 Mill. Mark habe in Anspruch nehmen müssen, weil in der Zwischenzeit das Reich finanzielle Forderungen der Länder in ganz beträchtlichem Maße erfüllt habe.

Erklärung der Deutschen Volkspartei Sachsens.

tsd. Die Deutsche Volkspartei Sachsens verbreitet durch den Telunion-Sachsendienst folgende Erklärung:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in einem Aufruf zu den Straßendemonstrationen der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, daß sie durch maßlose Hetze gegen die Republik und gegen die Verfassung das Treiben politischer Meuchelmörder begünstige. Die Deutsche Volkspartei Sachsens weist diese völlig haltlosen Vorwürfe entschieden zurück. Sie hat sich bereit erklärt, im Rahmen der geltenden Verfassung am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Auf dem gleichen Standpunkte stehen die Führer der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion, wie das erst neulich Abgeordneter Dr. von Campe in der „Kölnischen Zeitung" dargelegt hat. Die von der Reichsregierung unter dem 29. August erlassene Verordnung will gewaltsame Anschläge auf die Verfassung und Gefährdung des inneren Friedens und die Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Organe verhüten. Die Deutsche Volkspartei hat seit jeher den Terror und den „Sauherdenton" im öffentlichen Leben auf das nachdrücklichste bekämpft. Maßnahmen der zuständigen Stellen gegen derartige Hetzen würde sie darum begrüßen.

Die Verordnung der Reichsregierung enthält aber nicht nur Bestimmungen, die durch ihre Dehnbarkeit und Unklarheit Anlaß zu größten Bedenken geben, sondern soll nach den Erklärungen der Linkspresse einseitig gegen die sogenannten Rechtsparteien angewendet werden. Aeußerst bedenklich und eine Gefahr für den inneren Frieden ist es auch, wenn die neue Periode des „Verfassungssturzes" eingeleitet wird durch eine Flut von Demonstrationen, die von Berlin aus einheitlich geleitet werden, und bei denen an der Seite der Mehrheitssozialisten die noch immer auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehenden Unabhängigen und die für Anwendung des Terrors und die Herbeiführung der Räterepublik eingestandenermaßen kämpfenden Kommunisten mitwirken.

Die Deutsche Volkspartei Sachsens muß fordern, daß der jetzt zusammentretende Reichstagsausschuß sich von der Reichsregierung bindende Sicherungen geben läßt, daß die Bestimmungen der Verordnung, soweit sie überhaupt durchführbar sind, gleichmäßig gegen alle Parteien angewendet werden.

Sächsische

Mer
Sonnenaufgang
Sonnenuntergan
1814 Geschichte
1851 Dichter Richa
Karl Stauffer-Ber
von Sedan.

□ Überlastete
rat angenommene
vom 1. Oktober
gelten hat, wenn
ingen für den Ta
Anschluß als „bes
bedeutet dies, da
Anschluß täglich
jährlich 525 Mark
Beträgen Abhilfe
Regelung ist es g
schlusses auf abge
teilt. Anschlüsse
sprechvermittlungs
erheblich größere
wird bei solchen
alle nebeneinand
nehmers gleichzeit
Anschlüssen haben
mit ihren Numme
der ihr durch die
fugnis, von dem
teren Anschlusses
Verwaltung nicht
wird die Verhältn
eingehend erörtern

□ Keine Höchstp
Verordnung des
Landwirtschaft ist
vierähnliche Geträ
Damit fallen die
Preisaushang for
stellung von Stark

— Naunhof.
5. September abends
sammlung ab, verbun
Viktor Guericke in O
fügung gestellt. Rose
darf von nur guten
die Beßtellung schnellst

— Lichtspielhaus
dreier Menschen und
Figdor. Eine Revolu
reichem Streit gelingt
Diktator einer südam
selbst den Präsidenten
trotzt vergebens dem
Frauenehre. Die beid
gegen ihn einen furch
Gonzalez gehen. Bei
immer mehr dem de
Maria den Geliebten
leidet und wie sie n
der Zuschauer an dem
in höchstem Grade.
Elis Bodenheim als
Photographie und Au
künstlerischen Wert z
äußerst angenehmen
Anzeige ersichtlich.

† Vom Finanzam
dem 31. Juli 1921 ers
Verfügung des Reich
zahlungsperiode der
zehn Pfennig nach unt
unten.

— Ueber ein ko
Herr Baumschulenbesitz
werte Worte: Die die
im kommenden Frühja
plage. Vonseiten des
Bekämpfung dieser Pl
gartenbesitzer oder der
Wenn in diesem Jahre
ist dies in großem Ma
unserer Gegend, aber
Manche ansehnliche Kul

Im We
Rom
Eßlingen sah u
war gealtert und be
stizität, die er sich
— zu erhalten gew
Marga sah das
sie an die Vergange
bahn, und das er
wehmütige Freude
doch erschien ihr je
rasch gelebt in diese
geworden, trotz ihre
verzeichnen gehabt.
„Sie haben mich
das letzte Mal sahen
ser Offenherzigkeit,
aus der stillen Kla
Beklänktsein mehr
Wandlung vorgeg
lächelte still und s
dergekommen. Sie
schuldigen Sie sich
Sie haben alles wie
so lieben, herzlichen
Marga unterbr
angezogenes töricht
Es war schlecht von
berent. Und dann,
mußte ich es tun,
zur Veranlassung
Eßlingen nickte
um einen Fehler g
nhigen?"
Marga sah auf
„Ja," sagte sie
nicht vergessen. Si
Das sah ich erst ein

SLUB
Wir führen Wissen.